

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/243

20. Dezember 1976

Ein positives Signal

Zum Anteil der Frauen am neuen Bundeskabinett

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemo-
kratischer Frauen und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Kohls Kreuz des Südens

Die CSU bestimmt den Kurs der C-Parteien

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Eine Bremse im Rüstungswettlauf

Bilanz des bisher Erreichten läßt hoffen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und
Rüstungskontrolle

Seite 5 und 6 / 85 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 439
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38-39
Telex: 08 86 846-48 cobn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ein positives Signal

Zum Anteil der Frauen am neuen Bundeskabinett

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesausschussvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
und Mitglied des Präsidiums der SPD

"Unsere Gesetze garantieren den Frauen gleiches Recht. Aber in Wirklichkeit haben die Frauen in ihrer großen Mehrzahl immer noch schlechtere Chancen am Arbeitsplatz, im beruflichen Aufstieg." Dieser Satz stammt aus dem "Regierungsprogramm 1976-80", der Wahlkampfgrundlage der SPD. In seiner Regierungserklärung hat Bundeskanzler Helmut Schmidt dieses Problem erneut aufgegriffen. Und mit seiner Regierungsbildung ist er es angegangen: Drei Frauen gehören dem neuen Kabinett Schmidt/Genscher an.

Damit hat der Bundeskanzler mehr gehalten, als er versprochen hat. Ganz im Gegensatz zum "Oppositionsführer" Helmut Kohl, der im Wahlkampf den Frauen viel versprach und in der konkreten Situation nichts halten konnte: Mit Mühe und Not hat Helga Wex ihren Platz im CDU/CSU-Fraktionsvorstand behalten, und das Amt des Bundestagspräsidenten, das Sozialdemokraten erstmals einer Frau übertragen, wurde von den Christdemokraten wieder einem Mann zugedacht...

Die Lösung der Sachprobleme, die sich im Zusammenhang mit der angestrebten Gleichstellung von Frauen und Männern ergeben, wird wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Diese Arbeit soll nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers von einer Sachverständigen-Kommission geleistet werden, die nach Möglichkeiten zum Abbau der sozialpolitischen Schwierigkeiten und nach Wegen zur Herstellung besserer Bedingungen für eine befriedigende Rollenkombination für Frauen und Männer und damit zur Gewährleistung der Wahlfreiheit suchen wird. Diese Aufgaben hat bereits die Enquete-Kommission "Frau und Gesellschaft" in ihrem kürzlich vorgelegten Zwischenbericht beschrieben.

Sicher ist richtig, daß durch Gesetze, finanzielle Hilfen und personelle Entscheidungen allein diese Schwierigkeiten nicht zu meistern sind.

Denn dazu gehört auch die Bereitschaft zum Umdenken in der Gesellschaft, der Wille, die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen überall kritisch zu durchleuchten, um sie zu verändern. Aber wichtig ist sicher auch, daß Entscheidungen, wie sie der Bundeskanzler getroffen oder angeregt hat, eine Signalwirkung haben können für eine solche Entwicklung.

In seiner Regierungserklärung hat Helmut Schmidt diese notwendige Entwicklung beschrieben und versprochen, die zahlreichen Benachteiligungen, denen Frauen immer noch ausgesetzt sind, "Schritt für Schritt" abzubauen.

- Im Arbeitsleben ist der Mangel an Gleichberechtigung für fast zehn Millionen erwerbstätige Frauen offenkundig.

- Berufsausbildung für Mädchen muß deshalb genauso selbstverständlich werden, wie für Jungen.

- Für Mädchen müssen mehr Berufe als bisher offenstehen.

- Die Leistungen der ausschließlich in der Familie tätigen Frauen sind der beruflichen Tätigkeit gleichwertig und müssen in der Gesellschaft entsprechend anerkannt werden.

Mit dem Versorgungsausgleich im neuen Eherecht ist zwar ein erster Schritt zur eigenständigen sozialen Sicherung der Frauen getan worden, aber es werden in den nächsten Jahren weitere Anstrengungen nötig sein, um schließlich eine ausgewogene Sicherung für alle Frauen zu erreichen.

Die Sachverständigen-Kommission, die die Bundesregierung berufen will, soll all diese schwierigen Probleme erarbeiten und für die 9. Wahlperiode ein Gesamtkonzept vorlegen. Zur Mitarbeit sind alle aufgerufen: Politik, Wissenschaft, Kirchen und Verbände. (-/20.12.1976/va/pr)

+ + +

Kohl's Kreuz des Südens

Die CSU bestimmt den Kurs der C-Parteien

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Abschied des Wahlvereins "Union" von der Aufgabe, Volkspartei zu sein und damit rechtsextreme Parteibildungen in der Bundesrepublik zu verhindern, ist besiegelt. Dr. Helmut Kohl, der angebliche Teilsieger im Bruderkrieg zwischen CDU und CSU, hat unterschrieben, was er selbst "eine Entwicklung, wie wir sie zum Teil in der Weimarer Republik hatten", nennt, die "nicht zur politischen Stabilität unseres Staatswesens beigetragen" hat. Am 22. November hat er sich selbst den Maßstab vorgezeichnet: "Für uns wäre es kein guter Weg, die Entscheidung" - wobei er die Frage einer "vierten Partei" meinte - "jetzt dilatorisch zu behandeln, und nach den bayerischen Landtagawahlen 1978 womöglich eine Veränderung der parteipolitischen Landschaft in der Bundesrepublik präsentiert zu bekommen."

Dffen ist in der "Vereinbarung von CDU und CSU über die Grundlagen der politischen Zusammenarbeit", was nach Kohls eigenen Worten eine grundlegende Frage für die weitere Zukunft des Parteiensystems und der sich darauf gründenden Stabilität der Bundesrepublik ist, nämlich die "vierte" Partei. Für das Linsengericht einer - lediglich organisatorisch hergestellten - Fraktionsgemeinschaft, deren Soll-Bruchstellen auch noch vertraglich festgeschrieben und zur beliebigen Disposition des CSU-Vorsitzenden anheimgestellt worden sind, hat Kohl den Verzicht auf eine seiner Kernforderungen unterschreiben müssen.

Der bedenkenlose Opportunismus dieses Mannes setzt sich fort. Erst zog er aus wahltaktischen Gründen mit der Lügenalternative "Freiheit oder Sozialismus" über Land. Jetzt hat er Strauß zur Gleichschaltung der CDU mit der CSU die Hand gereicht, um sich als scheinbarer Retter der Unionseinheit in Szene setzen zu können.

Wer das Verhandlungsangebot des CSU-Landesvorstandes und der CSU-Bundestagsabgeordneten liest, weiß, welchen Preis Kohl ohne Rücksicht auf die

tatsächlichen sachlichen Erfordernisse unseres Landes gezahlt hat. In einer Vielzahl grundsätzlicher Fragen darf die CSU mit Sondervoten drohen. Andersdenkende in der CDU dürfen dann überlegen, ob sie Strauß den sachlichen Vorwand für bundesweite Fünfte Kolonnen liefern wollen. Wir haben uns diesen Dokumenten zufolge darauf einzurichten, daß die CDU und die CSU sich aus einer konstruktiven Mitarbeit vollständig abgemeldet und sich weitgehend der Sonthofener Regieranweisung unterworfen haben.

Möchte heute noch einmal über den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag, den Grundlagen-Vertrag, den Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen, den Atomwaffen-Sperrvertrag, das Mitbestimmungsgesetz abgestimmt werden, die CDU möchte nach dem Befehl der CSU mit Nein stimmen, oder die CSU würde ihr kategorisches Nein bundesweit propagieren, um auch noch den letzten unbelehrbaren Nazi für sich zu gewinnen.

Von einer konstitutionellen Opposition, die die vom Grundgesetz zugewiesene Verantwortung ernst nimmt, kann da keine Rede mehr sein. Wer Kohl wählt, wählt künftig noch mehr als bisher Strauß.

Es wird für die sozialliberale Koalition jetzt darauf ankommen, den Kampf mit aller Energie aufzunehmen, damit bei unseren Nachbarn und Verbündeten die Gewißheit erhalten wird, daß die Bundesrepublik trotz Kohl und Strauß ein zuverlässiger, handlungsfähiger und vertragswürdiger Partner bleiben wird.

Wir dürfen uns von dieser Aufgabe nicht durch Spekulationen darüber ablenken lassen, ob sich einige Besonnene in der CDU in Teilbereichen durchsetzen können. Niemand darf sich Irrlichter aufsetzen lassen. Solange diese nicht innerhalb der CDU und CSU für ihre Position zu kämpfen beginnen - in den letzten Wochen sind sie vollständig auf Tauchstation gegangen -, können sie nur als Lockvögel auf der von Strauß ausgelegten Leimrute gesehen werden.

(-/20.12.1976/va/pr)

+ + +

Eine Bremse im Rüstungswettlauf

Bilanz des bisher Erreichten läßt hoffen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Der Anteil der Rüstungsaufwendungen am Brutto sozialprodukt ist in der Sowjetunion rund dreimal so hoch wie in den NATO-Staaten. Das ist eine der Verlautbarungen der jüngsten NATO-Konferenzen in Brüssel.

Der Inhalt dieser Meldung ist jedoch aus mehreren Gründen nicht ganz so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheint: Nimmt man die vom Londoner Institut für Strategische Studien veröffentlichten Zahlen aus den Jahren 1974, 1975 und 1976 für den prozentualen Anteil der sowjetischen Verteidigungsausgaben am Brutto sozialprodukt für das Jahr 1973, so ergeben sich erstaunliche Unterschiede: Das Military Balance 1974/75 nennt unter der Rubrik "Verteidigungsausgaben oder - Etat" - ohne zu unterscheiden - "als Prozentsatz am Brutto sozialprodukt" einen Wert von 5,4 vH. Im Military Balance 1975/76 und in dem 1976/77 wird nur noch von den Verteidigungsausgaben, nicht jedoch mehr vom Verteidigungsetat gesprochen. Aufgrund neuer Bewertungskriterien kommt das Londoner Institut zu völlig anderen Ergebnissen als noch 1974: Die Zahl für 1973 lautet im Military Balance 1975/76 10,5 vH und in den 1976/77 11 bis 13 vH.

Die unterschiedlichen Bewertungskriterien beruhen darauf, daß neuere Schätzungen auf einem "Dollarvergleich" basieren: Amerikanische Nachrichtendienste stellen fest, was die Sowjets an Panzern, Flugzeugen, Schiffseinheiten und Personal unterhalten, und kalkulieren dann, wie hoch die Kosten dafür in den USA wären. Das Vorgehen im Einzelnen ist entsprechend der Materie sehr komplex. Politisch gesehen erscheint eine Bewertung der Rüstungsanstrengungen nach prozentualem Anteil am Brutto sozialprodukt fraglich, da der Maßstab für Rüstungsaufwendungen nicht das Sozialprodukt, sondern die sicherheitspolitische Lage ist.

Wichtiger als ein Vergleich vorgelegter Zahlen ist jedoch die dahinter stehende Politik. Diese ist langfristig angelegt. Ihre Ursprünge sind in der ersten Hälfte der 60er Jahre zu finden: Am 14. Januar 1960 verkündete Chruschtschow in einer Rede vor dem Obersten Sowjet, er werde in einer neuen Militärdoktrin die sowjetischen Streitkräfte in bedeutendem Maße auf Raketen und Kernwaffen umstellen. Diese war verbunden mit einer drastischen Reduzierung konventioneller Kampfkraft. Die "neue Militärdoktrin" mußte auf Druck aus militärischen Kreisen revidiert werden. Nach dem Sturz Chruschtschows proklamierten die neuen Machthaber im Kreml eine Militärpolitik, die der der NATO-Staaten auf allen Ebenen gleichwertig zu sein habe.

Die Kuba-Krise von 1962 machte auch deutlich, daß eine Großmacht nur dann weltpolitische Bedeutung hat, wenn sie ihre Interessen auf allen sieben Weltmeeren wahrnehmen kann. Aus dem Grunde war es aus der Sicht der Sowjetunion unerlässlich, eine Flottenpolitik globalen Ausmaßes zu betreiben.

Der große Waffenzufluß bei den sowjetischen Streitkräften in den letzten Jahren basiert vor allem auf Rüstungsentscheidungen aus den 60er Jahren, denn von der Planung bis zur Indienststellung moderner Waffensysteme bedarf es eines Zeitraumes von ca. zehn Jahren. Wahrscheinlich beruht die Planfond-Er-

höhung auch auf der Einachätzung, daß es zu konkreten MBFR-Ergebnissen kommen wird, für die es eine möglichst günstige Ausgangslage herzustellen gilt. Das von der UdSSSR gesteckte Ziel, in allen Bereichen militärischer Einsatzmöglichkeiten mit der NATO gleichzuziehen, ist erreicht. Partielle Unterlegenheiten der einen oder anderen Seite werden durch Überlegenheiten in anderen Bereichen ausgeglichen. Wir befinden uns zur Zeit in einer Situation militärpolitischer Stabilität. Jeder Schritt, hier oder da einer kleinen Vorteil für sich herauszuzuechlagen, gefährdet diese Stabilität.

Die anhaltend unverminderten Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion geben zu ernster Besorgnis Anlaß. Zu ihrer Kompensierung haben die Verteidigungsminister der NATO-Staaten und deren Generalstabschefs in diesen Tagen erneut empfohlen, Waffen und Gerät des westlichen Bündnisses zu standardisieren und größere eigene Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen. Letzteres kann jedoch nur eine Auffangposition zur Erhaltung militärpolitischer Stabilität sein, da durch solche Maßnahmen der Rüstungswettlauf weiter angeheizt würde. Ein politischer Weg für eine gegenseitige und einvernehmliche Rüstungs- und Sicherheitspolitik ist durch die damit befaßten Konferenzserien vorgezeichnet: Der KSZE-Rahmen ist geeignet für militärisch vertrauensbildende Maßnahmen als Basis für konkrete Schritte. Für die KSZE-Überprüfungskonferenz im Sommer nächsten Jahres in Belgrad sollte man nachdenken über neue Forderungen für den militärischen Bereich, die sich MBFR-günstig auswirken können.

Bei den Wiener MBFR-Gesprächen scheint ein erster konkreter Reduzierungsschritt möglich zu sein. Er würde kein Sicherheitsrisiko darstellen, sondern im Gegenteil ein wesentliches Element im Entspannungprozeß bedeuten, und es beiden Seiten erleichtern, endlich zusätzlichen Rüstungsanstrengungen zu unterlassen. Das bis zum 3. Oktober 1977 abzuschließende SALT II-Abkommen wird der strategischen Rüstung einen, wie der amerikanische Präsident es genannt hat, Deckel aufsetzen. Auf der Basis des dann Erreichten können auch im strategischen Bereich Verhandlungen über eine Reduktion beginnen. In dem Abkommen werden bestimmte nukleare Systeme einer vertraglichen Regelung unterworfen. Die übrigen Waffensysteme können ungeragelt weiter ausgebaut werden, qualitativ und quantitativ, denn bisher werden diese Systeme weder von SALT noch von MBFR erfaßt. Hier kann Wildwuchs entstehen, der der Entspannungskonzeption auch deshalb zuwiderläuft, weil sie es erforderlich macht, daß es im sicherheitspolitischen Feld keinen Raum gibt, der nicht durch Verhandlungen unter Kontrolle gehalten wird.

Die politische, über eine technokratische Diskussionsdiskussion hinausgehende Nutzung des aufgezeigten Verhandlungsrahmens ermöglicht es, die Rüstungsanstrengungen in Ost und West im gegenseitigen Einvernehmen zu steuern. Ein unkontrollierter Rüstungswettlauf, der auf einem immer höheren Niveau bei steigenden Kosten ein immer fragwürdigeres Gleichgewicht erzeugen würde, könnte dadurch mit all seinen negativen Auswirkungen für die Entspannungspolitik verhindert werden. Zahlenvergleiche wie die in der Ausgangslage dargelegten verlieren ihre politische Brisanz. (-/20.12.1976/vc/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller